

## Entwicklungszusammenarbeit stärken!

5 Entwicklung ist mehr als nur wirtschaftliches Wachstum. Erfolgreiche Entwicklungspolitik lässt sich  
an der Reduzierung von Armut, an ihrer ökologischen Nachhaltigkeit und der Achtung der Men-  
schenrechte messen. Die GRÜNE JUGEND NRW betont dabei insbesondere das Recht auf körperliche  
10 Unversehrtheit, das Recht auf Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Versorgung und Bildung  
sowie auf politische Teilhabe. Wir betrachten demokratische Regierungsformen als geeignetsten  
Weg, diese Voraussetzungen zu erfüllen. Unser Ziel ist jedoch nicht, westliche Vorstellungen von De-  
mokratie zu verbreiten, sondern allen Menschen politische Teilhabe zu ermöglichen. Entwicklungszusammenarbeit ist immer mit der Gefahr des „Kulturimperialismus“ behaftet, wir sehen dennoch  
15 die Verwirklichung der universellen Menschenrechte als zentrales Ziel der Entwicklungspolitik an.  
Demokratische Strukturen und die Achtung der Menschenrechte müssen „von unten“ wachsen. Ent-  
wicklungsprojekte sollten daher immer die Menschen vor Ort einbeziehen und so dem Grundsatz der  
Hilfe zur Selbsthilfe folgen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Entwicklungszusammenarbeit immer  
an die Vereinbarung einer Menschenrechtsagenda geknüpft ist. Ein weiteres Kriterium für die Ent-  
20 wicklungszusammenarbeit sollte das Prinzip des Good Governance sein, also eine verantwor-  
tungsvolle und transparente Staatsführung, welche Partizipation ermöglicht, die universellen Men-  
schenrechte achtet und für eine gerechte Verteilung der vorhandenen Ressourcen sorgt. Entwick-  
lungszusammenarbeit darf weder von wirtschaftlichen Interessen geleitet sein noch zu wirtschaftli-  
chen Gegenleistungen verpflichtet und so in Abhängigkeit führen.

25 Die Einkommensunterschiede in den Entwicklungsländern sowie die globale Reichtumsverteilung  
sind bis heute extrem ungerecht. Wir begreifen jedoch jeden Menschen dieser Erde als vollkommen  
gleichwertiges Individuum, woraus sich für uns auch gleichwertige Entfaltungsmöglichkeiten für alle  
ergeben müssen. Eine grundsätzliche Solidarität der Weltgemeinschaft ist deshalb ausdrücklich nicht  
30 allein aus einem historischen Abhängigkeitsverhältnis ehemaliger Kolonien zu den jeweiligen Kolo-  
nialmächten zu begründen, sondern gegebene Handlungsmaxime.

Derzeit werden noch viel zu wenig finanzielle Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit aufge-  
wendet. Die Bundesregierung argumentiert, dass Entwicklungspolitik gleichzeitig Sicherheitspolitik  
35 sei, denn die Bekämpfung von Armut trage dazu bei, terroristischen Bestrebungen den Nährboden in  
der betroffenen Bevölkerung zu entziehen. Dies muss aber auch durch die Umschichtung des Etats  
für Rüstungsausgaben hin zu Ausgaben der Entwicklungspolitik deutlich werden. Zudem müssen  
entwicklungspolitische Aspekte endlich überall mitgedacht werden, wo sie die Entwicklungszusam-  
menarbeit betreffen, wie z.B. in der Handels- oder Umweltpolitik.

### 40 Millenniumsziele umsetzen

Im Jahr 2000 hat die UN-Generalversammlung die „Millenniumsziele“ vereinbart, welche 8 dringen-  
de Handlungsfelder in der Entwicklungszusammenarbeit definieren. Besonders wichtige Ziele für  
45 mehr Gerechtigkeit und das Gelingen von Entwicklungspolitik sind für die GRÜNE JUGEND NRW  
dabei die Beseitigung von Armut und Hunger, die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit, die Be-  
kämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Infektionskrankheiten sowie die Sicherung der öko-  
logischen Nachhaltigkeit.

Im Rahmen dieser Vereinbarung hat sich auch die Bundesrepublik Deutschland verpflichtet ihren  
Entwicklungsetat bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (knapp zwanzig Milliar-  
50 den Euro) zu steigern. Leider lag der Etat im letzten Jahr lediglich bei 0,38 Prozent, womit vermut-  
lich selbst der europäische Stufenplan, der einen Anteil von 0,51 Prozent bis 2010 vorsieht, nicht er-  
reicht wird. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihren Versprechen sofortige Taten folgen zu  
lassen und sich endlich ernsthaft für die Erreichung der Millenniumsziele einzusetzen.

### 55 *Beseitigung der extremen Armut und des Hungers*

Ziel ist bis 2015 sowohl die Anzahl der extrem armen als auch der Hunger leidenden Menschen zu  
halbieren. Nach Definition der Weltbank ist arm, wer weniger als einen US-Dollar pro Tag zu Verfü-  
60 gung hat, was derzeit etwa 1,1 Milliarden Menschen betrifft. Wege aus der Armut sind neben ausrei-  
chender Nahrung, sauberem Trinkwasser und einer Gesundheitsversorgung, der Zugang zu Bildung,  
die Aneignung wirtschaftlicher Fähigkeiten und eine funktionierende Infrastruktur.

### *Gleichstellung der Geschlechter*

In der Regel lastet ein Großteil der alltäglichen Pflichten auf den Frauen. Sie sind nicht nur Hauptproduzentinnen in der Subsistenzwirtschaft, sondern üben neben der Hausarbeit, Kinderbetreuung und -erziehung auch viele handwerkliche Tätigkeiten aus. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die vollständige Umsetzung des Gendermainstreamings bei allen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit. Die wirtschaftliche, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung von Frauen ist grundlegende Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

### *Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Infektionskrankheiten*

Bis 2015 soll die Ausbreitung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Infektionskrankheiten gestoppt werden. 40 Millionen Menschen weltweit sind mit HIV infiziert, 25 Millionen davon alleine in Afrika. Zu der menschlichen Tragödie kommen ökonomische und soziale Auswirkungen. Denn AIDS betrifft besonders den Teil der Bevölkerung, der für die Versorgung der Familie zuständig ist, Frauen und Männer im mittleren Alter. Viele Familien können die Kosten zur Behandlung von HIV-positiven Familienmitgliedern nicht auffangen beziehungsweise das Geld fehlt ihnen dann an anderen Stellen, wie bei der Ausbildung der Kinder.

Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Einrichtung eines globalen Forschungsfonds, in den alle großen Pharmakonzerne und Industrieländer einzahlen müssen. Das Geld aus diesem Fonds wird in die Erforschung von armutsspezifischen und wenig lukrativen Medikamenten gesteckt, denn aktuell werden für Gesundheitsprobleme, die 90% der Bevölkerung betreffen, nur 10% der Ausgaben verwendet. Des Weiteren verlangen wir die Lockerungen des Patentschutzes und die Erlaubnis zum Import und Produktion von günstigen Generika für die Entwicklungsländer.

Um Aids nachhaltig zu bekämpfen, bedarf es endlich umfassender Sexualaufklärung in den Schulen. Mit der Dämonisierung von Kondomen, wie sie vor allem die katholische Kirche betreibt, muss endlich Schluss sein!

Der schlechte Ausbau der Infrastruktur, insbesondere mangelnde Hygienestandards, befördert die Ausbreitung gefährlicher Infektionskrankheiten. Deshalb muss die Versorgung mit sauberem Trinkwasser

in den Entwicklungsländern verbessert werden, um auch präventiv gegen oft tödliche Krankheiten vorzugehen.

### *Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit*

Hauptverantwortlich für ökologische Katastrophen, wie den Klimawandel, sind die Industriestaaten. Wohingegen unter den Folgen, wie Überschwemmungen, Wüstenausbreitungen und Stürmen gerade die Entwicklungsländer zu leiden haben (werden).

Eine globale Umweltpolitik ist enorm wichtig für die Entwicklungspolitik. Durch den Schutz von Regenwäldern, die Bekämpfung der Wüstenausweitung, den Einsatz neuer und energiesparender Technologien und den weltweiten Ausbau erneuerbarer Energien kann ein ökologisch nachhaltiges Wachstum erreicht werden ohne unseren Planeten zu zerstören.

### **Vereinte Nationen demokratisieren**

Damit unsere Vorstellungen von nachhaltiger Entwicklung umgesetzt werden können, sind Veränderungen in den Strukturen und Abläufen der Vereinten Nationen (UNO) dringend notwendig. Wir sehen sie als geeignetste Akteurin für eine gerechte Weltordnung. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine grundlegende Demokratisierung der UNO.

Wir fordern die Verwirklichung des Prinzips „one country, one vote“ in den UN-Gremien. Im Zuge dessen soll der Generalversammlung mehr Entscheidungskompetenz zugesprochen werden. Darüber hinaus müssen Gremien, wie zum Beispiel die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UN Conference for Trade and Development, UNCTAD), in denen alle Länder mit gleichem Gewicht vertreten sind, auch zentrale Entscheidungskompetenzen erhalten. Viel zu oft werden Verträge und Abkommen, die alle Staaten der Welt betreffen, in Gremien vereinbart, in denen nicht alle Mitglieder das gleiche Gewicht oder zu denen gar nicht alle Staaten Zugang haben. Es darf nicht sein, dass elementar wichtige Entscheidungen in exklusiven Gremien gefällt werden. Viel zu häufig nutzen die stärkeren Nationen ihr Gewicht innerhalb des UN-Systems zu Ungunsten der schwächeren Länder aus. Doch solange dies möglich ist, kann es keine gleichberechtigte Zusammenarbeit auf der Welt geben.

Ein weiterer Schritt zur Demokratisierung der UNO ist die stärkere Beteiligung und Einbindung von oppositionellen Gruppen und anderen AkteurInnen der Zivilgesellschaft. Wir begrüßen daher, dass heute bereits Anhörungen und Beratungsprozesse stattfinden, in denen die Einschätzungen von NGOs beachtet werden. Wir fordern die Staatengemeinschaft auf, diese Standpunkte auch in die Ent-

125 scheidungsprozesse zu integrieren. Darüber hinaus muss eine tatsächliche Demokratisierung der UN  
bedeuten, dass es eine echte Repräsentation der WeltbürgerInnen gibt. Die GRÜNE JUGEND NRW  
unterstützt daher ausdrücklich die Kampagne zur Errichtung einer Parlamentarischen Versammlung  
(United Nations Parliamentary Assembly, UNPA) für die UNO als ein neues Organ der Vereinten Na-  
tionen, dessen Delegierte auch direkt von den BürgerInnen der Mitgliedsstaaten gewählt werden.

130 Das Entwicklungsprogramm der UNO (United Nations Development Programm, UNDP) ist die für  
Entwicklungszusammenarbeit zuständige UN-Sonderorganisation. Die GRÜNE JUGEND NRW un-  
terstützt ausdrücklich ihre vielschichtigen und auf die Erreichung der Millenniumsziele ausgerichteten  
Förder- und Entsendeprogramme und fordert eine Erhöhung des Etats für das UNDP.

135

### **Fairer Welthandel**

Die GRÜNE JUGEND NRW setzt sich für den konsequenten Ausbau des Fairen Handels ein. Die  
Prinzipien des Fairen Handels müssen zur Grundlage des gesamten Welthandels werden. Dazu gehö-  
140 ren die Einhaltung von sozialen und ökologischen Kriterien sowie die Beachtung und Respektierung  
von kulturellen Besonderheiten in den Produktionsländern. Fairer Welthandel bedeutet für uns einen  
gerechten Preis für erbrachte Leistungen und Waren zu zahlen. Unter ausbeuterischen oder umwelt-  
schädlichen Bedingungen hergestellte Produkte dürfen nicht länger gehandelt werden!

145 Im Zeitalter der Globalisierung nimmt der Welthandel eine zentrale Rolle bei der Entwicklung aller  
Länder ein. Die GRÜNE JUGEND NRW ist Teil einer globalisierungskritischen Bewegung. Wir leh-  
nen Globalisierung nicht ab, wir wollen sie demokratisch und gerecht gestalten. Statt der Verbreitung  
neoliberaler Ideologien und einer rein wirtschaftlichen Globalisierung, setzen wir auf kulturellen  
Austausch, politische Zusammenarbeit, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Um das Ziel einer  
150 gerechten Welt- und Handelsordnung zu erreichen, müssen die globalen Handelsorganisationen re-  
formiert werden.

Wir kritisieren insbesondere auch die zu starke amerikanische und europäische Dominanz in den  
Welthandelsstrukturen. Der Welthandel muss allen zu Gute kommen und darf nicht von durch Indus-  
trielländer beeinflussten Institutionen bestimmt werden.

155

Die Welthandelsorganisation (WTO) regelt als Sonderorganisation der Vereinten Nationen den Welt-  
handel, wobei sie bisher vor allem das Ziel der Liberalisierung der Märkte vorangetrieben hat. Wir  
wollen die WTO von Grund auf anders strukturieren, hin zu einer Organisation, die den Welthandel  
gerecht und nachhaltig gestaltet. Auf dieser Grundlage müssen internationale Richtlinien zur Regu-  
160 lierung der Weltwirtschaft vereinbart werden. Gerade erst wird wieder deutlich, wie dringend not-  
wendig die starke Kontrolle und Beschränkung der weltweiten Finanzmärkte ist. Wir setzen uns dar-  
über hinaus für die Einführung einer internationalen Steuer auf Devisengeschäfte ein (Tobin-Steuer),  
um Währungsspekulationen einzudämmen.

165

### **Kreditvergabe**

Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) als weitere Säulen des Welthandels ver-  
pflichten Länder im Gegenzug für die Vergabe von Krediten meist zur marktwirtschaftlichen Deregu-  
lierung und Privatisierung. Derartige Bedingungen lehnt die GRÜNE JUGEND NRW entschieden  
170 ab. Oft werden zudem Großprojekte wie Staudämme gefördert, die insbesondere für die Industrielän-  
der von wirtschaftlichem Interesse sind. Ökologische Standards und Menschenrechte werden häufig  
mit Füßen getreten. Die Vergabe von Krediten an Staaten muss sich grundsätzlich an der Umsetzung  
der Menschenrechte und den Kriterien des Good Governance orientieren.

175 Um die Entwicklungsländer wirklich nachhaltig zu unterstützen, fordert die GRÜNE JUGEND NRW  
die Konzentrierung auf kleinere und lokale Projekte, die Verbesserungen für die Menschen vor Ort  
herbeiführen. Ein angemessenes und organisches Wachsen einheimischer, wirtschaftlicher und staat-  
licher Strukturen sollte das Ziel der Entwicklungspolitik sein. Mikrokredite sind ein wirksames In-  
strument, um den Menschen vor Ort beim Aufbau eines kleinen Unternehmens zu helfen. Vor allem  
180 Frauen gelten als sichere Rückzahlerinnen, weshalb sie besonders viele Kredite empfangen. Kleinst-  
kredite tragen enorm zur Selbstbestimmung der Menschen und speziell der Frauen in den Entwick-  
lungsländern bei.

### **Agrarsubventionen und hohe Zölle**

185

Agrarsubventionen werden von Industrieländern eingesetzt, um den einheimischen LandwirtInnen

190 eine preiswertere Produktion zu ermöglichen. Durch die Subventionen aber drängen Produkte aus den Industrieländern auf die Märkte in Entwicklungsländern und zerstören dort die Lebensgrundlage vieler LandwirtInnen. Die GRÜNE JUGEND NRW fordert einen gerechten Welthandel ohne verfälschende Subventionen! Wir setzen uns deshalb für die langfristige Abschaffung der momentan gängigen Subventionen ein.

195 Das genügt jedoch bei Weitem nicht. Entwicklungsländer dürfen nicht zur vollständigen Öffnung ihrer Märkte gezwungen werden. In vielen Fällen ist es für die Entwicklung der nationalen Wirtschaft sinnvoll und wichtig, Zölle einzuführen und nicht allein auf Exportwirtschaft zu setzen. Mit gezielter Abschottung in bestimmten Bereichen kann eine eigenständige Entwicklung für Entwicklungsländer garantiert werden, ohne vom Fortschritt anderer Länder abgehängt zu werden. Der Fokus darf deshalb nicht auf der Förderung des Welthandels, sondern muss auf der Förderung der lokalen Wirtschaft liegen.

200

### **Entschuldung**

205 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert eine konsequente Entschuldungspolitik, um die ärmsten Länder der Erde von ihren Schulden zu befreien. Dazu bedarf es klarer Kriterien und eines transparenten Verfahrens für den Schuldenerlass, um zu verhindern, dass die GläubigerInnenländer die SchuldnerInnenstaaten zu Zugeständnissen zwingen können. Wir setzen uns insbesondere für den sofortigen Erlass so genannter illegitimer Schulden (Odious Debts) ein, also von Schulden, welche unter Missachtung internationaler Rechtsstandards zustande gekommen sind, also z.B. von Diktaturen aufgenommene Schulden.

210

### **Europäische und deutsche Entwicklungspolitik**

215 Europäische und deutsche Entwicklungspolitik sind bereits heute eng miteinander verwoben. Abgestimmte und aufeinander aufbauende Zusammenarbeit ist daher elementar. Bei internationalen Abkommen und Handelsfragen muss darauf geachtet werden, dass Entwicklungsländer nicht massiv benachteiligt werden und so das Ziel der Entwicklung ad absurdum geführt wird.

### **Europäische Strukturen**

220 Die wirtschaftliche Macht des europäischen Binnenmarktes und die Höhe des europäischen Entwicklungsetats, von dem über die Hälfte der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit bestritten wird, macht die EU zu einer der wichtigsten globalen AkteurInnen in der Entwicklungspolitik. Für die Europäische Union ergibt sich daraus die Pflicht, ihren Einfluss zu nutzen und sich mit Nachdruck für die Verbesserung der globalen Strukturen einzusetzen.

225

Der Europäischen Union kommt die Aufgabe zu, die von ihr geleistete Entwicklungspolitik und die der Mitgliedsstaaten zu koordinieren. Oft entstehen in der Entwicklungszusammenarbeit der europäischen Mitgliedsstaaten Überlappungen und Widersprüche, die zu Ineffizienz führen.

230 Der 2006 gefasste europäische Entwicklungskonsens ist ein erster wichtiger Schritt in die richtige Richtung, denn er trägt dazu bei, die europäischen Anstrengungen in der Entwicklungspolitik zu koordinieren und unter einem gemeinsamen Ziel zu vereinen. Die enge europäische Kooperation muss gestärkt werden, um den Erfolg der geleisteten Entwicklungszusammenarbeit weiter zu erhöhen.

235 Unser Ziel ist es, die Entwicklungspolitik von den Mitgliedsstaaten auf die Europäische Union zu verlagern. Darüber hinaus setzt sich die GRÜNE JUGEND NRW für eine deutliche Aufstockung des EU-Etats für Entwicklungszusammenarbeit ein.

### **Deutsche Institutionen der EZ**

240

245 Deutschland hat in der Entwicklungszusammenarbeit eine komplexe Institutionenlandschaft. Im Wesentlichen sind fünf Institutionen damit beauftragt, die Entwicklungszusammenarbeit zu leisten: Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) selbst, die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), der Deutsche Entwicklungsdienst (DED) und die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH (Inwent). Diese Vielzahl an PartnerInnen erreicht zwar laut dem Prüfbericht der OECD gute Ergebnisse, doch für die Zusammenarbeit mit PartnerInnen aus aller Welt ist oft nicht nachvollziehbar, wer für welche Aufgabe zuständig ist.

250 Ein 2006 von der Bundesregierung in Auftrag gegebenes Gutachten kam bereits zu dem Schluss, dass eine Zusammenlegung verschiedener Institutionen möglich und sinnvoll ist. Wir fordern hier die Bundesregierung auf, auch Taten folgen zu lassen und Strukturreformen in der deutschen Entwicklungspolitik zu beginnen, die diese transparenter, übersichtlicher und effektiver macht.

### 255 **Entwicklungspolitik als Horizonterweiterung**

255 Entwicklungspolitik ist mehr als das Überweisen von Geldbeträgen auf die Konten von Entwicklungsländern. Das Bewusstsein für eine solidarische Weltgemeinschaft muss auch in der Bevölkerung der westlichen Welt geschärft werden.  
260 Austauschprogramme und Freiwilligendienste gerade in Entwicklungsländern geben Jugendlichen die Chance ihren Horizont zu erweitern und vor Ort zu helfen. Freiwilligenprogramme wie „weltwärts“ sind eine wichtige Möglichkeit ein Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, den kulturellen Austausch zu fördern und konkret vor Ort zu helfen, wenn die Freiwilligen gut vorbereitet werden.

### 265 **NGO's stärken**

Nichtregierungsorganisationen (NGOs, non-governmental organizations) haben eine wichtige Funktion als gesellschaftliche Sensoren für die Politik und als KritikerInnen gegenüber staatlichem Handeln. Durch ihre Projekte sind sie wichtige AkteurInnen in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.  
270

275 Die GRÜNE JUGEND NRW fordert die Einbeziehung von NGOs in Entscheidungsprozesse der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit, da sie häufig über Ortskenntnisse, Kontakte zur Bevölkerung und notwendige Expertise verfügen. Daneben kann jedoch auch die Unabhängigkeit der NGOs von Politik ein entscheidender Vorteil sein, denn NGOs können in Ländern, denen Deutschland die Zusammenarbeit aufgrund der Nicht-Einhaltung bestimmter Kriterien versagt hat, tätig sein.

280 Das Engagement kirchlicher Organisationen erkennen wir an, sehen es aber da kritisch, wo ihre Arbeit vor Ort mit Missionierung in Verbindung steht. Auch Projekte, bei denen Einzelpersonen Waisenkinder als PatInnen „adoptieren“, sehen wir kritisch, denn die Kinder geraten in ein Abhängigkeits- und Dankbarkeitsverhältnis zu einem „spendablen Individuum“ der westlichen Welt. Wir begrüßen den langsam stattfindenden Wandel in der Öffentlichkeitsarbeit von Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit, einen stärkeren Akzent auf das selbstbestimmte Leben der Bevölkerung in den Entwicklungsländern zu legen.  
285

### 285 **Zivilgesellschaft einbeziehen – Entwicklung nachhaltig verankern**

290 Als weiteren zentralen Punkt der Entwicklungszusammenarbeit sieht die GRÜNE JUGEND NRW die Einbeziehung der Zivilgesellschaft vor Ort. Die Bevölkerung darf nicht als dankbare aber passive EmpfängerInnen angesehen werden, sondern als aktive BürgerInnen, die für ihre Rechte und Belange eintreten. In der Tat gibt es gerade in afrikanischen Ländern eine Vielzahl an kleinen NGOs, die jedoch auf die Unterstützung internationaler AkteurInnen angewiesen sind. Für die Entwicklung demokratischer Strukturen ist das Engagement der Zivilgesellschaft von zentraler Bedeutung, denn die Bürgerinitiativen und lokalen NGOs sorgen für eine größere Teilhabe der BürgerInnen an politischen Entscheidungen. Die Unterstützung solcher NGOs ist also auch ein Schritt hin zu mehr Selbstorganisation und Selbsthilfe. Diese Gruppen müssen aber auch von den AkteurInnen der Entwicklungszusammenarbeit in den Industrieländern als wichtige AnsprechpartnerInnen verstanden und in (lokale) Entwicklungsprojekte einbezogen werden.  
295

300 Insbesondere in der „Krisenprävention“ zur Verhinderung und Eindämmung von gewaltsamen Konflikten spielen NGOs eine zentrale Rolle. Ziel ist es, die Konfliktursachen in der Gesellschaft zu überwinden und Friedensbemühungen auf lokaler Ebene zu stärken, um eine dauerhafte Friedenssicherung zu garantieren. Der Vorteil der NGOs dabei ist, dass sie in direktem Kontakt zur Bevölkerung stehen und unabhängig von den Regierungen sowohl des jeweiligen Entwicklungslandes als  
305 auch der Länder des Nordens agieren.